

# "Unser Problem ist die Integration"

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble im Interview mit DER SPIEGEL vom 22.5.2006 über die Folgen der BND-Affäre, die Versäumnisse der deutschen Ausländerpolitik und das Unbehagen in der Union über die Große Koalition

**SPIEGEL:** Herr Minister, der Bundesnachrichtendienst (BND) hat über viele Jahre Journalisten bespitzelt. Wie weit darf ein Geheimdienst gehen, um zu verhindern, dass Interna aus seinem Haus an die Presse gelangen?

**Schäuble:** Man muss beim Bundesnachrichtendienst zwischen Ausland und Inland unterscheiden. Im Inland ist der Auftrag des BND ein sehr begrenzter. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zum Zwecke der Eigensicherung ist grundsätzlich erlaubt, muss aber immer mit dem Grundrecht der Pressefreiheit abgewogen werden. Der Bericht zur Ausspähung von Journalisten, der der Parlamentarischen Kontrollkommission jetzt zugegangen ist, kommt offenbar zu dem Ergebnis, dass diese Abwägung wohl nicht immer hinreichend berücksichtigt wurde.

**SPIEGEL:** Halten Sie es für legitim, wenn ein Nachrichtendienst Journalisten als Quellen führt?

**Schäuble:** Zum Zwecke der Eigensicherung kann man es jedenfalls nicht von vornherein ausschließen, so ist die Rechtslage. Möglicherweise ist eines der Probleme, dass der Begriff "Journalist" nicht so trennscharf ist, wie man gemeinhin glaubt. Wenn ich das richtig verfolgt habe, gibt es ein Gewerbe irgendwo zwischen Nachrichtenhandel und Journalismus, das macht ein apodiktisches Urteil etwas schwerer. Durch Weisung an die Dienste des Bundes sind solche Vorgänge für die Zukunft ausgeschlossen.

**SPIEGEL:** Wir können es auch ganz konkret machen. Wenn der "Focus"-Mitarbeiter Wilhelm Dietl auf den SPIEGEL angesetzt wird, um herauszufinden, wie der SPIEGEL in der Plutonium-Affäre zu seinen Informationen kam: Ist das zulässig oder nicht zulässig?

**Schäuble:** Das sollen jetzt diejenigen prüfen, die dazu eingesetzt sind. Ich kenne weder den Herrn Dietl noch die Details der Plutonium-Affäre. Der Innenminister ist nicht dafür zuständig, in diesem Stadium des Verfahrens amtliche Meinungen abzugeben.

**SPIEGEL:** Sie sind der Verfassungsminister, insofern sollte es Sie schon bekümmern, ob sich die Nachrichtendienste innerhalb oder außerhalb der Verfassung bewegen.

**Schäuble:** Das ist wahr, aber das kann nicht dazu führen, dass ich dem Ergebnis einer Prüfung vorgreife, die noch im Gange ist.

**SPIEGEL:** Ihr Amtsvorgänger Otto Schily hat bei der Abwägung zwischen Staatsinteressen und Pressefreiheit im Zweifel für die Durchsetzung der Staatsinteressen entschieden.

**Schäuble:** Ich habe eine solche Abwägung bislang nicht zu treffen gehabt und bin darüber nicht unglücklich. Auch die Pressefreiheit setzt einen handlungsfähigen Staat voraus, was nicht heißt, dass man im Einzelfall nicht danebenliegen kann. Ich habe zum Beispiel gewisse Zweifel, ob es wirklich richtig ist, Journalisten der Mittäterschaft zu bezichtigen, wenn sie von der strafbewehrten Geheimnisverletzung eines Verwaltungsmitarbeiters profitieren, der

ihnen Material zukommen lässt. Im Ergebnis wird dadurch das Zeugnisverweigerungsrecht unterlaufen, das ein wichtiges Element der Pressefreiheit ist.

**SPIEGEL:** Haben Sie nachforschen lassen, wie weit Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt (BKA), die Ihnen unterstehen, gegangen sind, um undichten Stellen im eigenen Apparat auf die Spur zu kommen?

**Schäuble:** Ja, sicher habe ich das.

**SPIEGEL:** Und was war die Antwort?

**Schäuble:** Beim BKA ist ein Bericht angefordert. Beim Verfassungsschutz haben wir keinen Anlass, irgendwelche ähnlich gelagerten Vorgänge aufzuklären, weil es diese Vorgänge dort nicht gibt.

**SPIEGEL:** Der Verfassungsschutz hat keine Journalisten angeworben, auch keine Journalisten bespitzeln oder observieren lassen?

**Schäuble:** Davon gehe ich aus, so ist es mir versichert worden.

**SPIEGEL:** Die FDP hat bereits den Rücktritt Ihres Staatssekretärs August Hanning gefordert, der bis November dem BND vorstand und in dessen Amtszeit zumindest einer der nun diskutierten Vorgänge fällt. Ziehen Sie personelle Konsequenzen?

**Schäuble:** Dazu habe ich keine Veranlassung. Die Bundesregierung hat Herrn Hanning ihr uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen, ebenso dem amtierenden Präsidenten Ernst Uhlrau. Ich fand das sehr gut.

**SPIEGEL:** Die Bundesregierung hat nun zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate die Richtlinien für den BND verschärft. Braucht es eine bessere Kontrolle, sollte beispielsweise das Parlamentarische Kontrollgremium mit mehr Rechten ausgestattet werden, wie das der frühere BND-Präsident Hansjörg Geiger vorgeschlagen hat?

**Schäuble:** Im Augenblick beschäftigt mich mehr die Frage, wie man sicherstellen kann, dass das Parlamentarische Kontrollgremium die Geheimhaltung zustande bringt, was Voraussetzung dafür ist, dass das Gremium überhaupt sinnvoll ist. Wenn die dort Versammelten nicht unter den Regeln der Geheimhaltung tagen, dann kann ihre Arbeit auch in den Ausschüssen des Bundestags erledigt werden.

**SPIEGEL:** Sie spielen jetzt auf die Tatsache an, dass der Untersuchungsbericht zur BND-Affäre ziemlich unverzüglich an die Öffentlichkeit gelangte?

**Schäuble:** Die Halbwertszeit, bis solche als geheim eingestuftten Berichte in Teilen veröffentlicht werden, ist eher gering. Die Bereitschaft ausländischer Dienste zur Zusammenarbeit wird nicht gerade gefördert, wenn immer mehr Interna auf den offenen Markt gelangen. Erst hatte der untersuchungsführende Richter Zugang zu BND-Akten, jetzt haben wir schon den Beschluss, seinen Bericht allgemein zugänglich zu machen.

**SPIEGEL:** Sie sind dagegen?

**Schäuble:** Wenn man den Bericht veröffentlicht, kann man im Grunde gleich die BND-Akten

öffnen. Wir erreichen irgendwann den Punkt, an dem die Partnerdienste sagen: Gebt dem BND nichts, denn ihr könnt nicht sicher sein, ob es nicht eines Tages in der Zeitung steht. Das macht mich nun einigermaßen unruhig, denn zuverlässige Informationen sind so ziemlich das Wichtigste, was man zur Gefahrenabwehr braucht. Ich wünsche mir, dass wir relativ schnell klären, was da aufzuklären ist. Wir müssen in Ordnung bringen, was in Ordnung gebracht werden muss.

**SPIEGEL:** Das Kanzleramt hat umgehend verfügt, dass Journalisten grundsätzlich nicht mehr als Mitarbeiter angeworben werden dürfen.

**Schäuble:** Wir konnten schlecht sagen: Wir sehen uns alles genau an und entscheiden in drei Monaten, was wir machen. Das wäre zwar ein geordnetes Verfahren gewesen, aber angesichts der öffentlichen Aufregung so nicht möglich. Die Regierung hat nun Raum gewonnen für eine seriöse Prüfung.

**SPIEGEL:** Ein Thema, das ganz in Ihre Zuständigkeit fällt, ist die Ausländerpolitik. Sie haben vor wenigen Tagen mit den Innenministern der Länder einen Beschluss herbeigeführt, dass jeder Deutsch verstehen und sprechen können muss, der in Deutschland lebt. Ist das Erwartung oder Bedingung?

**Schäuble:** Wir haben jahrelang über die Frage diskutiert, wie wir den Zuzug nach Deutschland regeln wollen. Aber die Zuwanderung ist gar nicht mehr unser Problem; unser Problem ist die Integration derjenigen, die selbst vor Jahren nach Deutschland gekommen sind oder deren Eltern und Großeltern. Und da haben wir nun einmal in Deutschland den ziemlich einmaligen Befund, dass sich die dritte Generation noch schwerer tut als die zweite.

**SPIEGEL:** Was ist Ihre Erklärung?

**Schäuble:** Wahrscheinlich war der entscheidende Fehler, dass man gedacht hat, Integration geschehe von allein. Irgendwann würden die Leute, die zu uns gekommen sind, wieder nach Hause gehen - oder sich anpassen und Deutsche werden. Aus der Neurologie wissen wir, dass bei Kindern, die in einer verunsichernden Umwelt aufwachsen, die Chancen für eine gute Sozialisation geringer sind. Das potenziert sich über die Generationen.

**SPIEGEL:** Was also schlagen Sie vor?

**Schäuble:** Wir müssen erstens dafür sorgen, dass die sozialen Aufstiegschancen besser werden. Wir müssen den Ausländern, die dauerhaft bei uns leben, das Gefühl vermitteln, dass sie willkommen sind. Wir sollten den Eltern aber auch sagen: Ihr müsst euren Beitrag leisten, dass es besser wird. Ihr müsst dafür sorgen, dass eure Kinder etwas Vernünftiges lernen, und dazu ist Deutsch die Voraussetzung. Wenn ihr türkischer Abstammung seid, dann beharrt nicht darauf, dass Türken nur Türken heiraten.

**SPIEGEL:** Sie wollen es aber nicht bei Appellen und guten Worten belassen?

**Schäuble:** Wir arbeiten gerade an der Gesetzgebung. Ich bin überzeugt, dass man arrangierte Ehen erschwert, wenn man das Nachzugsalter heraufsetzt. Eine arrangierte Ehe setzen Sie eher bei jemandem durch, der 16 oder 17 ist, ohne jede Sprachkenntnisse, als bei einer 21-Jährigen.

**SPIEGEL:** Denken Sie auch daran, den Bezug von Sozialleistungen an sichtbare

Integrationsbemühungen zu koppeln?

**Schäuble:** Wir haben in Deutschland nicht nur die Pressefreiheit, sondern wir haben auch den Schutz der Menschenwürde, aus dem sich gewisse Mindestanforderungen ergeben, die weder der SPIEGEL noch der Innenminister in Frage stellen können. Aber natürlich müssen wir auch einen gewissen Druck ausüben. Die Verweigerung der Mitwirkung an Integrationskursen, das ist in der Beschlussfassung der Innenministerkonferenz enthalten, soll Sanktionen nach sich ziehen, zu denen dann insbesondere die Kürzung staatlicher Transferleistungen gehört. Da herrscht Einigkeit.

**SPIEGEL:** Ein Thema, bei dem die Meinungen zwischen CDU und SPD erkennbar auseinandergehen, ist der Einsatz der Bundeswehr im Innern. Verteidigungsminister Franz Josef Jung möchte nun den Verteidigungsfall neu definieren. Hat er Sie da auf seiner Seite?

**Schäuble:** Franz Josef Jung hat die Koalitionsvereinbarung auf seiner Seite. Dort steht sinngemäß, dass wir uns nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz verständigen werden, ob und inwieweit gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Inzwischen liegt das Urteil aus Karlsruhe vor. Es kommt zu dem Ergebnis, dass das 2004 beschlossene Luftsicherheitsgesetz, das die Abwehr von terroristischen Angriffen neu regelte, keine ausreichende verfassungsrechtliche Grundlage hat. Also muss man sie schaffen.

**SPIEGEL:** Sie sehen hier also keinen Konflikt innerhalb der Koalition?

**Schäuble:** Ich glaube, dass wir das einvernehmlicher geregelt bekommen, als die öffentliche Debatte im Augenblick den Anschein erweckt. Bei einem Anschlag aus der Luft mit einer Passagiermaschine, wie er am 11. September stattgefunden hat, muss die Bundeswehr eingreifen können. Das muss geregelt sein, das ist im Kern auch unstrittig.

**SPIEGEL:** Warum eigentlich? Bei einem solchen Fall kann man sich doch auf einen übergesetzlichen Notstand berufen.

**Schäuble:** So könnte man argumentieren, wenn die Vorgängerregierung nicht versucht hätte, Klarheit zu schaffen, indem sie den übergesetzlichen Notstand regeln wollte, was wiederum das Verfassungsgericht dazu bewogen hat zu sagen: so nicht. Sie können vielleicht noch von einem Verteidigungsminister erwarten, dass der sich im Krisenfall darüber hinwegsetzt. Aber was machen Sie, wenn der Soldat, dem Sie den Abschussbefehl geben, sagt: Herr Minister, sorry, der Befehl ist rechtswidrig, den kann ich nicht ausführen. Deswegen müssen wir eine Lösung finden, und dazu muss man sich den Verteidigungsbegriff genauer ansehen und über die Frage nachdenken: Was sind die heutigen Bedrohungen?

**SPIEGEL:** Im Verteidigungsfall wäre der Abschuss einer Passagiermaschine, die sich im Kollisionskurs auf den Reichstag befindet, erlaubt?

**Schäuble:** Das Verfassungsgericht hat für den Nichtverteidigungsfall klargestellt, dass ein solcher Abschussbefehl in keinem Fall zulässig ist. Für den Verteidigungsfall hat es diese Festlegung vermieden, genau das ist der Punkt. Die Welt hat sich verändert, die Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sicherheit ist obsolet geworden, das hat sich in New York gezeigt. Für die Bedrohungslage macht es keinen Unterschied, ob ein Flugzeug, das Sie als Waffe einsetzen wollen, in Paris oder in Rosenheim startet. Sie müssen eher die Intensität der Gefahr als Abgrenzungskriterium nehmen. Wie man das genau fasst, muss man sehen, da sind wir in Beratung.

**SPIEGEL:** Das Weißbuch des Verteidigungsministers ist nicht die Retourkutsche der Union für das Antidiskriminierungsgesetz, das die SPD durchgedrückt hat?

**Schäuble:** Ich habe mich an der Debatte um das Antidiskriminierungsgesetz nicht beteiligt, Kollege Jung auch nicht, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Das ganze Thema ist ein bisschen zu hoch gekocht.

**SPIEGEL:** Es gibt nicht wenige in der Union, die finden, dass sich die Sozialdemokraten in letzter Zeit etwas zu oft durchgesetzt haben.

**Schäuble:** Es gibt diese Leute, es gibt auch Dinge, bei denen man schwer zusammenkommt, weil man sehr unterschiedliche Positionen hat. Da bin ich dafür, dass man sagt: Dann machen wir es nicht.

**SPIEGEL:** Haben Sie manchmal den Eindruck, dass Sie nicht in einer von der CDU geführten Großen Koalition sitzen, sondern in einer sozialdemokratisch dominierten?

**Schäuble:** Ich war, wie die meisten in der Führung der Union, nach dem Wahlergebnis nicht auf eine Große Koalition festgelegt. Ich wollte eine andere Lösung, von der die Grünen sagten, dass sie noch nicht möglich sei. Damit blieb nur die Koalition mit den Sozialdemokraten. Eingedenk der Entstehungsgeschichte und der Tatsache, dass wir erst sechs Monate im Amt sind, hat diese Koalition eine ganze Menge hingebraht. Wir müssen vernünftig weitermachen, in dem Wissen, dass dies nicht die Koalition ist, die wir wollten, sondern zu der uns die Wähler verpflichtet haben. Das ist die Logik des Wahlergebnisses aus unserer Sicht.

**SPIEGEL:** Herr Schäuble, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das Gespräch führten Holger Stark, Stefan Aust und Jan Fleischhauer.